

Verlagsges. Dresden.

Abzugspresse: die Spalte 22 mm breite Seite 6 Uds. für Familienanzeigen 5 Uds.

Für Flugblätter können wir keine Gewähr leisten.

Ersteilung 6 mal wöchentlich. Monatlicher Bezugspreis durch Träger einsechzig Pf. bzw. 60 Pf. Trägerlohn 1,70; auch die Post 1,70 einsechzig Pf. Postübermittlungsgebühr, zuzüglich 50 Pf. Post-Beförderungsbeitrag. Einzelnummer 10 Pf., die Sonntags- und Feiertagsnummer 20 Pf.

Sächsische Volkszeitung

Schriftleitung: Dresden-N., Volkerstr. 17, Fernruf 20711 u. 21012. Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania-Verlagsgesellschaft, Dresden, Postfach 17, Fernruf 21012. Verleger: Dr. 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94707

Donnerstag, 9. Januar 1936

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einreisender Betriebsleitungen hat der Verleger oder Verlegungstreibende keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränkter Umlage, verspätet oder nicht erscheint. — Erfüllungsort Dresden. —

Die Wohnungspolitik des Reiches

Förderung von Kleinwohnung u. Siedlung

Berlin, 8. Jan. Der Leiter der Hauptabteilung Wohnungs- und Siedlungswesen im Reichs- und preussischen Arbeitsministerium, Ministerialrat Dr. Knoll, gibt einen Überblick über die Aufgaben des Reiches auf dem Gebiete der Wohnungs- und Siedlungswesen im Jahre 1936. Er stellt fest, daß auch über der Arbeit des neuen Jahres der Grundsatz der

in dem Sinne ergiebig einzuwirken, daß sie die augenblickliche Wohnungsnot nicht durch unbedeutende Mietsteigerungen verschärfen. Der Referent spricht die Erwartung aus, daß die Siedlungsaufgaben auf dem Gebiete der Wohnungs- und Siedlungspolitik in nicht zu ferner Zeit in großem Umlange angepackt werden können. Im Jahre 1936 werde dies noch nicht möglich sein. Dennoch müsse auch in der Zwischenzeit so viel geleistet werden, daß sich der Wohnungsmangel nicht zu einer Gefahr auswachse.

Ablehnung jeglicher Wohnungszwangswirtschaft
stehe. Allerdings sei seit seiner Verkündung der Wohnungsbedarf nicht unwesentlich weitergefallen und es werde im neuen Jahr äußerster Anstrengungen bedürfen, um zu verhindern, daß der Wohnungsmangel weiter wesentlich ansteigt. Die Schaffung neuen Wohnraumes sei grundsätzlich nicht Sache des Staates, sondern der Wirtschaft. Die Wohnungspolitik des Reiches werde sich daher darauf beschränken, neben gewissen Erleichterungen und Unterstützungen durch Gewährung von Reichsbürgschaften dem Kapital die Beteiligung auch an solchen Bauten zu ermöglichen, bei denen es sich sonst zurückhalten würde. Eigene Darlehen des Reiches würden grundsätzlich nur noch zur Spitzenfinanzierung gegeben; sie seien, abgesehen von der Kleinfliegung und dem Landarbeiterwohnungsbaue, auf den Bau der Volkswohnungen beschränkt. Daneben werde das Siedlungswesen, die Schaffung krisenfesten Arbeiter durch Verbindung eines wesentlichen Teiles der städtischen Bevölkerung mit dem Boden, weiter gefördert.

Mieterhöhung unerwünscht

Berlin, 8. Jan. Der Reichs- und preussische Arbeitsminister bekräftigt sich in einem Erlaß an die Länder mit der in einer Reihe von Gemeinden im Laufe des letzten Jahres erfolgten Neueinführung oder Erhöhung von Gebühren und Abgaben, die von den Grundstückseigentümern zu entrichten sind, z. B. für Kanalisation, Müllabfuhr usw. Nach der Regelung des Reichsmietengesetzes müsse die Folge eine entsprechende Erhöhung der gesetzlichen Miete sein, sei es, daß allgemein in der Gemeinde ein Zuschlag zu dem geltenden Satz der gesetzlichen Miete festgelegt werde, sei es, daß der Hausbesitzer als Vermieter das Recht erhält, die Mehrbelastung auf die Mieter umzulegen. Eine derartige Erhöhung der Lebenshaltungskosten durch Erhöhung der Miete ist, wie der Minister erklärt, „mit Rücksicht auf die allgemeine Preispolitik der Reichsregierung unerwünscht“. Die Reichsregierung lege entscheidenden Wert darauf, das gegenwärtige Preisniveau zu halten. Von diesem Gesichtspunkt aus müßten Neubelastungen des Hausbesitzes, die zu einer Erhöhung der gesetzlichen Miete führen müßten, nach Möglichkeit vermieden werden.

England zur Rooseveltbotschaft

Präsident Roosevelts Botschaft, die eine neutrale Isolierungspolitik, aber eine sehr unneutrale Meinung von der Außenwelt verkündet hat, ist in England Gegenstand zweispaltiger Gefühle. Die erste Regung war, den über friedfertige Demokratien und angriffslustige Diktaturen im Stile Wilsons Eisenruden als moralischen Verbündeten zu begrüßen. Aber diese Genugtuung ist größtenteils einem ziemlich kritischen Erkennen über den sachlichen Inhalt der Botschaft gewichen. Die Masse der leidenschaftlich teilnehmenden, aber schlecht unterrichteten Engländer wird zum ersten Male inne, daß die Einstellung Amerikas zum absehbaren Krieg nicht einer leicht getarnten Zusammenarbeit mit dem Völkerbund gleicht. Indem Roosevelt die moralisierende Note fallen ließ und dazu überging, eine Neutralität von gleichen Folgen für Gerechtigkeit und Ungerechte zu entwickeln, verlegte er den Grundgedanken der Sanktionstheorie und zugleich das stärkste Gefühl, das die englischen Gemüter in den Bann der kollektiven Sicherheit zieht. Wenn die Durchführung von Sanktionen auf gewalttätige Gegenwehr stößt — ein Fall, den auch die völkerbundstreuen Massen unter Führung der League of Nations Union unentmutigt ins Auge fassen, weil sie einer blutigen Entscheidung sicher zu sein glauben —, dann bezieht nach Roosevelts Ausführungen sogar einige Wahrscheinlichkeit, daß Amerika den Sanktionsteilnehmern keine Lieferungen ebenso wie ihrem Angreifer verweigert. Diese nicht neue Lesart der amerikanischen Politik geht den Opfern der Sanktionspolitik in England zum ersten Male klar auf.

Das größere Empfinden der amerikanischen öffentlichen Meinung, das sich in der Zurückhaltung Roosevelts nur widerspiegelt, bleibt ihnen auch jetzt noch verborgen. In den Vereinigten Staaten ist man weit davon entfernt, Verteuerungen englischer Selbstlosigkeit in der absehbaren Frage für bare Münze zu nehmen oder den wahren Zusammenhang zwischen Englands wohlverstandener, großartig zu Ende gedachtem Interesse und seiner Völkerbundspolitik zu begreifen. Man hat von dem englisch-italienischen Machtkampf naturgemäß rohe Vorstellungen, die zweifellos in vielem nicht zutreffen. Als die amerikanische Presse unlogischerweise auch die Zugeständnisse des Pariser Friedensplans an Italien zu einem Skandal auf Kosten Englands ausnützte, ließen die Londoner Wälder etwas von der amerikanischen Unfreundlichkeit durchblicken. Aber diese Beschämung glaubt das englische Volk durch den Sturz Sir Samuel Hoares wieder gut gemacht zu haben. Daß auch diese Unfreundlichkeit nur eine Abwandlung des richtigen Mißtrauens in die englische Völkerbundpolitik überhaupt war, daß der Völkerbund selber in amerikanischen Augen ein Machtwerkzeug einiger europäischen Großmächte geblieben ist, das machen sich in England immer noch sehr wenige klar.

Wertwürdigerweise ist die amerikanische Politik jetzt für beide in England gegeneinander arbeitenden Richtungen Trumpf geworden. Es steht deshalb zu erwarten, daß die öffentliche Meinung sie auch weiterhin vorzugsweise durch den Schleier der italienfeindlichen oder italienfreundlichen Propaganda sehen wird und nicht in ihrer eigenen Farbe. Es geht um die Treibstoffsperrre. Die Sanktionsgegner, unter denen sich nach wie vor Garvin im „Observer“, die Rothermere- und die Beaverbrookpresse hervortun, sind in einen wahren Jubel über die Botschaft Roosevelts ausgebrochen, weil sie nach ihrer Meinung jedem Gedanken an eine weitere Rechtsdrehung der Genfer Schraube ein Ende macht. Dies ist zweifellos die weiterblickende Ansicht. Wie wenig sie aber aus eigener Kraft hoffen kann, die gegen Italien erbitterte Mehrheit für sich zu gewinnen, dafür spricht das Bemühen mancher Sanktionsgegner, die Erzeugung auf das räuberische und vom Genfer Emigrantenkommithat angegrangerte Deutschland abzulenken (diese Richtung scheint Baldwin einige Sorge zu bereiten, und sie entsprach gewiss nicht den Gedankengängen Sir Samuel Hoares); zu ihren entschiedensten Bekämpfern hat sich der dem Premierminister sehr ergebene, ziemlich weit rechtsstehende Unterhausabgeordnete Lord Winterston gemacht, übrigens aus rein außenpolitischen Gründen). Andererseits sind die Anhänger des folgerichtigen Zwangsverfahrens gegen Italien jetzt nicht minder überzeugt, durch eine kurze, scharfe und entscheidende Treibstoffsperrre mit Hilfe Roosevelts den Sanktionskrieg gewinnen zu können. Die Auslegung der Washingtoner Botschaft ist also ähnlich wie in Paris geteilt, mit dem Unterschied natürlich, daß die Parteigänger des Zwangsverfahrens bis zum bitteren Ende in England ungleich stärker an Zahl und Ueberzeugung sind.

Es wäre optimistisch, ihre heute noch vorhandene Unwilligkeit zu einem Krieg als ein für allemal feststehende Größe zu betrachten. Die tatkräftige Selbsthilfe der Absieger überhebt sie gegenwärtig dem Nachdenken über manche Konsequenzen ihrer Haltung, aber jede italienische Bombe,

Schwere Streikunruhen in Buenos Aires

Fünf Tote, zahlreiche Verletzte — Gegen 200 Verhaftungen

Buenos Aires, 8. Jan. Zur Unterflügung des bereits zwei Monate andauernden Bergarbeiterstreiks war am Dienstag früh in Buenos Aires ein 24stündiger Generalstreik ausgerufen worden. Dieser Streik hat im Laufe des Tages eine Entwidlung genommen, die auf eine Einmischung trüber Elemente schließen läßt. Verschiebentlich kam es zu Schießereien, bei denen, soweit bisher bekannt geworden ist, drei Polizeibeamte und zwei Zivilisten getötet sowie zahlreiche Personen verwundet wurden.
In einigen Gegenden am Rande der Stadt Buenos Aires übten die Streikenden eine Gewalt Herrschaft aus, so daß die Polizei Maschinengewehrposten aufstellte. In anderen Stadtteilen ruhte jeder Verkehr; die Läden wurden teilweise gewaltsam geschlossen. Zwei Eisenbahngesellschaften mußten den Verkehr sehr stark einschränken und Streckenweise einstellen, da das Personal streikte bzw. an einer Stelle die Schienen auf-

Die Unterflügung bei Einberufung zu Übungen

Berlin, 8. Januar. Der Oberbefehlshaber des Heeres gibt die über die Einberufung zu Übungen der Wehrmacht kürzlich ergangene Verordnung mit einer Erläuterung bekannt, in der er darauf hinweist, daß die Unterflügung jetzt vorzugsweise nicht mehr auf Angestellte und Arbeiter beschränkt ist, sondern grundsätzlich alle zu Übungen Einberufenen umfaßt, also selbständige Gewerbetreibende und Angehörige von freien Berufen. Ausgenommen von der Unterflügungsberechtigung sind die Beamten von Behörden und Dienststellen des Reiches, der Länder und Gemeinden, der öffentlichen Betriebe usw., da sie ihre Dienstverpflichtung während der Teilnahme an der Übung weiter beziehen. Das gleiche gilt für die Angestellten und Arbeiter öffentlicher Verwaltungen und Betriebe. Gegenüber der bisherigen Regelung ist als grundsätzliche Änderung des Unterflügerechts hervorzuheben, daß die Unterflügung beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen in der in der Verordnungs-Bestimmung angegebenen Höhe nicht mehr gewährt werden muß, sondern gewährt werden kann. Das bedeutet, daß die dort vorgesehenen Sätze Höchsthöhe darstellen, innerhalb deren die Unterflügung festzusetzen ist. Die Entscheidung treffen die Arbeitsämter nach pflichtmäßigem Ermessen.

Vermehrte Einstellung Schwerbeschädigter bei der Wehrmacht

Berlin, 8. Jan. Der Oberbefehlshaber des Heeres hat eine Regelung für die Beschäftigung Schwerbeschädigter bei den Heeresdienststellen getroffen. Er erklärt, daß künftig bei Rekrutierung von Arbeitsplätzen die Vermittlungen der Hauptfürsorgestellen und Stellenvermittlung für Schwerbeschädigte und Kriegshinterbliebene wieder wie früher über das erforderliche Maß von 2 Prozent der vorhandenen Arbeitsplätze hinaus von allen Heeresdienststellen und besonders von Seiten der Betriebsleiter des Heeres unterstützt werden müßten.

Ueberfall auf einen Pfarrer

Waterboorn (Kr. Alene), 8. Jan. Am Montag gegen 4 Uhr wurde der Pfarrer Helling von Waterboorn von einem unbekanntem jungen Mann gebeten, sofort zu einem Bauernhof zu kommen, wo die alte Mutter des Bauern im Sterben liege. Der Pfarrer sagte dem jungen Mann seine Bereitschaft zum Verbleiben zu und bat ihn, in der Zwischenzeit den Küster zu rufen. Mit dem Bemerkten, es sehr eilig zu haben, entfernte sich der junge Mann von dem Pfarrhaus. Kurz darauf begab sich der Pfarrer zur Kirche, um hier die Vorbereitungen zu treffen. In der Nähe der Kirche wurde ihm von einer Person mit einem Stück Eisen eine Reihe von schweren Schlägen versetzt, die einen Bruch der Schädeldecke zur Folge hatten. Die Hilferufe des Pfarrers veranlaßten den Täter zur Flucht. Der Pfarrer hatte noch die Kraft, sich in das nahe Kloster Burg Ranzow zu schleppen, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. Die Polizei nahm sofort die Ermittlungen auf. Bis Montag abend gelang es nicht, Anhaltspunkte für die Täterschaft zu haben. Wahrscheinlich hat der Täter beabsichtigt, den Pfarrer auf seinem Verbleiben in der dunklen Hindenburgallee zu überfallen, hat aber später seinen Plan aufgeben müssen, da der Pfarrer von der Begleitung des Küsters gesprochen hatte. Bei dem Täter muß es sich um einen ortskundigen Mann handeln, da seine Angaben, die er dem Pfarrer gegenüber machte, stimmten.

Die Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands hat ein Plakat herausgegeben, das sowohl die Patienten als auch den Arzt an die Ehrenpflicht erinnert, bei der Behandlung den Schwerkrankenbescheidigten wie auch den Müttern mit Kindern den Vortritt zu lassen.

Seite 8
Be-
fang-
gen,
ihres
chen
bens-
en
rom-
schen
niten
Wh
sich-
toffen
vom
Cisen-
schaf-
ver-
über
nwal-
Schicht
19.00
14.75
8.75
12.00
05
45
08
75
90
% In-
fluss
Bil. H
Bil. M
68-75
75 kg
Brial
1. 12.108
0.672
41.04
0.139
2.083
2.452
54.83
40.90
12.208
08.07
0.410
10.420
2.257
100.89
62.08
20.02
0.217
8.000
01.08
41.77
01.09
46.00
11.134
2.408
03.31
00.88
24.02
10.219
1.509
1.144
2.409
Bibliothek
104
12.
gültig
3:
Er-
leine
Su-
lde:
üflet
)
(8)
(4)
(8)
(8)
(8.15)
(8.15)
ter:
(15)
(15)